

**Mitgliederversammlung des Sozialwerks des Deutschen Gerichtsvollzieher Bundes e.V.  
am 10.11.2016, in 10787 Berlin, Landgrafenstr. 4**

Die jährliche Mitgliederversammlung fand in diesem Jahr am Vorabend der 99. Ländervertreterversammlung des DGVB statt. Ein besonderer Dank gilt dem Landesverband Berlin, der nicht nur den Konferenzsaal kostenfrei zur Verfügung stellte, sondern der es im Rahmen der Organisation der LVV auch ermöglichte, die Versammlung in einem repräsentativen und zeitlich würdigen Rahmen durchführen zu können. Dem Bundesvorstand des DGVB gilt ebenso ein herzliches Dankeschön für die Übernahme der Reise- und Übernachtungskosten der beiden Vorstandmitglieder aus NRW.

Vorsitzender Winfried Pesch konnte zu dieser 13. Versammlung den kompletten Bundesvorstand des DGVB, die Redaktionsleitung der DGVZ, 13 Vertreter der Landesverbände sowie 52 Mitglieder, nebst einigen Gästen als Delegierte der am folgenden Tag anberaumten Ländervertreterversammlung des DGVB, begrüßen.

Zu Beginn wurde in einer Schweigeminute der verstorbenen Kollegen gedacht. Dabei wurde insbesondere an die Kollegen erinnert, die in den vergangenen Jahren durch Gewalttaten im Dienst ums Leben gekommen sind.

Den anwesenden Mitgliedern waren zuvor durch Tischvorlagen die Darstellung der Kassenbestände (Einnahmen und Ausgaben 2015) sowie eine Abschrift des Protokolls der letztjährigen Mitgliederversammlung überlassen worden.

Auf Vorschlag des Vorstands wurde Markus Oegel, Berlin, von den Anwesenden einstimmig zum Versammlungsleiter gewählt.

Im Anschluss daran referierte für den Vorstand Winfried Pesch zum Geschäfts- und Tätigkeitsbericht für die Jahre 2015 und 2016 (*bis zum Stichtag 31.10.2016*).

Während dieser Zeitspanne wurden vier Hilfefälle übernommen, davon drei aus dem Personenkreis 1 (= Gerichtsvollzieher und/oder deren Angehörige) und ein Fall aus dem Personenkreis 2 (= Hilfsbedürftige außerhalb der Justizadministration).

Der Berichterstatter bat dabei um Verständnis, dass auf Grund des Persönlichkeitsschutzes der Betroffenen und ihrer Familienangehörigen, detaillierte Angaben nicht öffentlich dargestellt werden können. Er verwies darauf, dass die Kassenprüfer jederzeit Einsicht in die Aktenvorgänge und Protokollvermerke haben und darüber hinaus ungehinderten Einblick in die gesamten Unterlagen fordern können; auch um die satzungskonforme Verwendung festzustellen. Dies sei auch anlässlich der letzten Prüfung am 10. 11. 2016 erfolgt.

Mit Einverständnis berichtete der Vorsitzende jedoch über das jüngste tragische Ereignis, den Mordanschlag auf einen Gerichtsvollzieher in Hessen. Er merkte an, dass auf Grund der Rekonstruktion des Tatgeschehens dieser Anschlag für das Opfer völlig unvorhersehbar war und nach diesen Erkenntnissen jedweden anderen Kollegen auch so hätte treffen können. Er stellte sodann dar, wie in derartigen Fällen die Kontaktaufnahme mit Angehörigen erfolge und welche Probleme insbesondere im Zusammenhang mit der Bewältigung solcher Notsituation für die Beteiligten auftreten können. Ebenso berichtete er, mit welchen fast unüberwindlichen Schwierigkeiten, und teils bürokratischen Hürden, die Angehörigen plötzlich weiterhin konfrontiert sind.

Während seines Berichtes – insbesondere auch unter Hinweis auf die schwersten Verletzungen und den immer noch lebensbedrohlichen Zustand des Kollegen - war die tiefe Betroffenheit unter den Teilnehmern der Versammlung deutlich spürbar.

In den aktuellen Fällen - aber auch früher - wurde dem Vorstand im Rahmen seiner Arbeit immer wieder die tiefe Dankbarkeit der Betroffenen entgegengebracht und geäußert, dass insbesondere die angebotene Hilfe durch die intensiven Gespräche, die Hilfestellung bei der Erledigung von Formalien, aber auch finanzielle Überbrückungshilfe wieder Kraft und Stärke verliehen habe. Sie empfinden eine ausdrückliche menschliche Solidarität durch das Sozialwerk und fühlen sich daher „nicht allein gelassen“, betonte der Vorsitzende.

Der Vorstand ist grundsätzlich zunächst bemüht, die Notsituation von Betroffenen zu recherchieren und in Gesprächen zu ergründen, um eben festzustellen, welche Probleme der dringlichsten Erledigung bedürfen. Dies können z. B. Hilfestellungen bei der Prüfung von Versorgungsbescheiden, bei Problemen mit Unfall- Lebens- und Krankenversicherungen, Beihilfe- oder Finanzierungsangelegenheiten, aber auch bei ärztlichen und psychologischen Beratungen, Rechtsbesorgungen u. v. m. sein. Derartige Angelegenheiten werden dann entweder durch das Sozialwerk selbst erledigt, oder vorbereitet und ggfs. vermittelnd an entsprechende Fachleute übertragen.

Aktuell beziehen sich die vier Hilfsfälle auf Betroffene und Angehörige aus Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Hessen.

Weiter berichtete der Vorsitzende zur administrativen Arbeit:

Der Mitgliederbestand im Berichtszeitraum konnte von zunächst 166 auf inzwischen 199 Einzelmitglieder anwachsen. (Stand 31. 10. 2016). Grundsätzlich eine erfreuliche Entwicklung, erläuterte Winfried Pesch. Er gab jedoch zu verstehen, dass in diesem Zusammenhang den Beitragseinnahmen der rund 30 Neumitglieder ein kontinuierlicher Rückgang der 1,00-EUR-Solidarbeiträge der Landesverbände je Mitglied gegenüberstehe. Die Gründe sind bekannt und stehen primär in Zusammenhang mit den rückläufigen Personalbesetzungen in den einzelnen Bundesländern. Diese Entwicklung - der letzten 10 Jahre und die unterschiedlichen aktuellen Mitgliederstrukturen in den einzelnen Landesverbänden - verdeutlichte der Vorsitzende anhand einer Power-Point-Präsentation. Die Spitzenposition an Einzelmitgliedern im Sozialwerk, gemessen an der Zahl der organisierten Verbandsmitglieder, hält der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern inne, gefolgt von Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen.

Die Landesverbände wurden im Allgemeinen gebeten und ermuntert, in ihren Verbandsversammlungen eine offensivere Mitgliederwerbung für das Sozialwerk zu betreiben, oder wo dies bereits geschieht, dies weiter zu intensivieren. Winfried Pesch betonte, dass der Mitgliederzuwachs im Berichtszeitraum durchweg zwar erfreulich sei, aber die Gesamtzahl von rund 200 aktuellen Einzelmitgliedern nur rund 5 % der praktizierenden Kollegenschaft in Deutschland ausmache. Da gelte es, erheblich „nachzuarbeiten“ und aufzuholen. Ziel müsse es sein, wenigstens die Zahl von 1000 Mitgliedern in den nächsten 5 – 7 Jahren zu erreichen. Insbesondere müsse in den Reihen der Absolventenjahrgänge der vergangenen Jahre durch die Landes- und Bezirksverbände aktiv geworben werden. Dabei sollte insbesondere an die Solidarität der Kolleginnen und Kollegen appelliert werden, mit dem Hinweis darauf, dass gewisse gesellschaftliche Entwicklungen ernsthaft Sorge bereiten. Dabei darf nicht unerwähnt bleiben, dass die Fälle körperlicher und psychischer Repressalien gegen Gerichtsvollzieher deutlich zugenommen haben.

Ebenso wäre eine weitere Zunahme der Mitgliederzahlen außerhalb der Kollegenkreise wünschenswert; Familienangehörige, Freunde, Bekannte und auch andere Justizangehörige sind willkommen. Der Mitgliedsbeitrag ist „steuerlich absetzbar“, weil das Sozialwerk eine durch die Finanzbehörde steuerrechtlich anerkannte mildtätige Organisation ist.

In NRW ist bereits mit einigen „(Außen)“-Mitgliedern der Anfang gemacht worden.

Winfried Pesch bot den anwesenden Vorständen der Landesverbände bei dieser Gelegenheit an, dass Mitglieder des Vorstands gegen Übernahme der Reisekosten jederzeit gerne bereit sind, anlässlich von Mitglieder- und Informationsveranstaltungen über Aufgaben und Arbeit im Sozialwerk im Einzelnen zu referieren.

*(Einige Gäste nahmen nach der Sitzung und in den folgenden Tagen im Rahmen der Arbeitstagung der Ländervertreterversammlung des DGVB den Bericht des Vorsitzenden zum Anlass, als Zeichen der Solidarität, dem Sozialwerk als Einzelmitglied beizutreten. Der Vorstand konnte dabei eine erfreuliche Anzahl von 20 Neuaufnahmen verzeichnen).*

Winfried Pesch berichtete weiter, dass wiederum der Eingang einer Bußgeldzahlung zu vermelden sei und verwies darüber hinaus weiter auf die ohnehin erfreulichen Eingänge von Spenden im Haushaltsjahr, wie sie in den Tischvorlagen verzeichnet sind.

*(Für die Internetöffentlichkeit werden hier keine Angaben gemacht; alle Ein- und Ausgaben ergeben sich aus den Vorlagen). **Hinweis:** Jedes Mitglied hat die Möglichkeit über [www.sozialwerk-dgvb.de](http://www.sozialwerk-dgvb.de) (Kontakt) legitimiert, eine Abschrift des Protokolls mit Anlagen anzufordern, aus dem der ausführliche und formelle Verlauf der Versammlung nebst allen spezifizierten Haushaltszahlen ersichtlich ist).*

Er erläuterte weiter, dass die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden von Personen und Verbänden, sowie die Geldbuße im Berichtszeitraum ausgereicht haben, um alle Zuwendungen in den akuten Hilfefällen finanzieren zu können, ohne auf die Rücklagen zurückgreifen zu müssen.

Diese Gelegenheit nahm der Vorsitzende zum Anlass, sich im Namen des Vorstands unter namentlicher Nennung bei den Spendern bzw. Spenderinitiatoren und Unterstützern des Sozialwerkes herzlich zu bedanken. Er verwies darauf, dass die Verantwortlichen des Sozialwerks grundsätzlich bestrebt sind, dass der Geldzufluss 1:1 auch dort ankommt, wo dringend Hilfe notwendig ist. Er machte weiter deutlich, dass man bemüht ist, die administrativen Kosten so gering wie möglich zu halten und bestrebt sei, weder Porto noch sonstige Gelder leichtfertig auszugeben, damit jeder gespendete Euro „am Bestimmungsort“ ankommt. Diese Vorgehensweise spiegeln auch die Kassenberichte sowie das Votum der Kassenprüfer entsprechend wider. Dabei lege der Vorstand außerdem sehr viel Wert auf Transparenz, was auch durch die Offenlegung für alle Teilnehmer der Versammlung in den Tischvorlagen dokumentiert ist. Grundlage dafür ist selbstverständlich eine äußerst penible Kassenführung.

Im letztjährigen Geschäftsbericht wurde erwähnt, dass hinsichtlich der Überprüfung der Gemeinnützigkeit 2015 eine Steuererklärung für die Jahre 2011 bis 2013 abgegeben werden musste. In der Zwischenzeit ist der beanstandungsfreie Bescheid ergangen, so dass die nächste Erklärung erst 2017 fällig ist. Damit stand und steht der weiteren Ausstellung von Spendenbescheinigungen „nichts im Wege“.

Anlässlich der letzten Veranstaltung wurde angekündigt, zur Mitgliederversammlung 2016 eine Anpassung der Satzung vorlegen zu wollen; dieses Vorhaben wurde jedoch im Laufe des Jahres aufgrund vordringlicherer Arbeiten in den genannten Hilfefällen zurückgestellt, die selbstverständlich Priorität genossen. Diese geplanten Vorschläge zur Änderung von Teilen

der Satzung werden daher zur nächsten Versammlung vorgelegt. Es handelt sich weniger um grundsätzliche, sondern überwiegend um Anpassungen und Modernisierungen im Rahmen redaktioneller Veränderungen.

Abschließend äußerte der Vorsitzende den Wunsch und die Hoffnung, in naher Zukunft wegen der zuvor genannten Strategien und weitreichenderen Werbeaktionen eine stattliche Anzahl neuer Mitglieder zu gewinnen, um mit diesen Einnahmen besser planen zu können. Es sei unbedingt notwendig, dass die Hilfsorganisation weiterhin auch in Zukunft – durch die Beiträge zunehmender Einzelmitgliedschaften - auf genügend Rücklagen für plötzliche Hilfefälle zurückgreifen kann.

Im Anschluss daran übernahm für die Kassenprüfer Michael Peller (Hessen) den Prüfbericht. Da nach seinen Angaben keinerlei Beanstandungen zu verzeichnen waren, empfahl er die Entlastung des Vorstands. Auf Antrag eines Mitgliedes aus der Versammlung wurde die Entlastung des Vorstandes alsdann bei deren eigener Stimmenthaltung einstimmig beschlossen.

Auf Antrag des Vorstands wurden nunmehr durch einstimmigen Beschluss der Mitgliederversammlung „Mittel in die freie Rücklage überführt“. Das Procedere der Verwendung von Mitteln (Spenden, Mitgliedsbeiträge), im Zusammenhang mit der Rücklagenbildung, Mittelverwendung und Aufstockung, wurde zunächst allen Mitgliedern durch die stellvertretende Vorsitzenden Verena Schröder erläutert.

Zur künftigen Öffentlichkeitsarbeit erläuterte Winfried Pesch anschließend die Pläne und Ideen des Vorstands. In dem Zusammenhang bedankte er sich besonders bei der Redaktion der DGVZ für den Druck der kostenfreien monatlichen Anzeigen. Trotz ganzseitiger Werbeannoncen in einer Fachzeitschrift mit rund 5000 Exemplaren Druckauflage, habe der Vorstand leider auch die Erfahrungen machen müssen, dass Tätigkeit und Aufgaben des Sozialwerks offenbar bei einer Vielzahl von Gerichtsvollzieherkollegen unbekannt ist. Daher appellierte er nochmals an die unabdingbare Mitarbeit der Bezirks- und Landesverbände. Was nicht zu hoffen sei; jeder Kollege, jede Kollegin, könne plötzlich Opfer oder Betroffener sein! Daher solle man sich überlegen und versuchen, die Kolleginnen und Kollegen zu überzeugen, ob nicht der vergleichsweise minimale Mindestbetrag von jährlich 10,00 EUR (seit der Gründung 2003 unverändert), nicht nur eine Unterstützung für eine gute Sache ist, sondern zugleich ein Zeichen von Solidarität bedeutet.

In diesem Zusammenhang griff er nochmals die Fakten aus dem Geschäftsbericht – vgl. Seite 2/3 – auf und veranschaulichte anhand einer PowerPoint-Vorlage, wie sich die Beitragsgelder aller Landesverbände - (1 EUR je Mitglied jährlich) -, zwischen 2006 und 2016 um rund 25 % zurück entwickelt haben.

Winfried Pesch betonte, dass das Sozialwerk „haushaltstechnisch“ nur mit einem Volumen definitiver Mitgliedsbeiträge fest kalkulieren könne, während Einnahmen aus Spenden und evtl. Bußgeldern lediglich spekulativ zu betrachten sind. Ein „Mangelbestand“ an Beitragseingängen von Einzelmitgliedern sowie der rückläufige „Solidarbeitrag von 1,00 EUR der Landesverbände“ könnte zu der Konsequenz führen, dass das Sozialwerk bei einem „größeren“ Hilfefall auf Rücklagen zurückgreifen müsste oder gar Hilfe nicht in der Höhe oder Form gewährt werden kann, wie es geboten wäre. Winfried Pesch erläuterte weiter, dass Rücklagen deshalb notwendig sind, um im Extremfall „von heute auf morgen“ schnell und flexibel Hilfe leisten zu können.

Zwischen zweckgebundenen Sonderspendenaktionen - Beispiel Karlsruhe 2012 - und einer Auskehrung vergehen naturgemäß aus organisatorischen Gründen mehrere Wochen. Bisher war es dem Sozialwerk in jedem Falle noch möglich, sein Bestreben einzuhalten, unbürokratisch und schnelle Hilfe zu gewährleisten, was natürlich dem Umstand geschuldet war, dass dafür auch genügend Rücklagen vorhanden waren.

Zur Homepage erklärte der Vorsitzende, dass man bestrebt sei, diese weiter zu verbessern. Die Möglichkeit ist gegeben, Mitgliedsanträge und Spendenerklärungen einfach und direkt am PC auszufüllen. Ebenso können Interessierte und Verbände Informationsblätter unmittelbar selbst herunterladen und ausdrucken.

Bereits seit einigen Monaten sind neue und moderne Flyer geplant. Das Vorhaben wurde jedoch zunächst wegen der Kosten zurückgestellt, weil der Vorstand noch hoffe, dafür einen Sponsor zu finden. Daraufhin erklärte der Bundesvorsitzende des DGVB, Walter Gietmann, im Einvernehmen mit dem Redaktionsleiter der DGVZ, Stefan Mroß, spontan, die Kosten dafür zu übernehmen (*Applaus bei Vorstand und Mitgliederversammlung*).

Winfried Pesch stellte noch weitere Ideen zur Öffentlichkeitsarbeit vor und verhehlte dabei nicht, dass alle Vorhaben in der Umsetzung natürlich mit Kosten verbunden sind und im Vorstand Übereinstimmung herrscht, derartige Kosten aus den Spenden- und Mitgliedsbeiträgen möglichst nicht finanzieren zu wollen. Er würde sich daher freuen, wenn alle Anwesenden ihre Netzwerke oder evtl. Kontakte in die freie Wirtschaft, zu Banken, Versicherungen und Verwaltungen knüpfen könnten, die dem Satzungsziel des Sozialwerks dienen.

Der Vorsitzende gab abschließend noch bekannt, dass 2017 die elektronische Versendung der Einladung zur Mitgliederversammlung sowie das geplante Newsletter nunmehr auf den Weg gebracht werden können, weil rund 80 % der Mitglieder inzwischen ihre E-Mail-Adresse übermittelt haben. Ziel ist auch hier die Einsparung von Portokosten, nach dem Motto des Sozialwerks, „jeder Euro soll als Hilfe da ankommen, wo dringend Hilfe benötigt wird“ (*und nicht in Portokosten investiert werden müssen*).

Der Vorsitzende bedankte sich bei dem Versammlungsleiter, allen Mitgliedern und Gästen für ihre Aufmerksamkeit und Unterstützung sowie ihre Ideen und Vorschläge, auch im Namen seiner beiden Vorstandskolleginnen, Verena Schröder und Marion Feith.

Geplant ist die nächste Mitgliederversammlung voraussichtlich im Spätherbst 2017, ebenfalls „am Rande einer Ländervertreterversammlung“, in Thüringen. Ort und Zeitpunkt werden zu gegebener Zeit rechtzeitig bekannt gemacht.